



Rundbrief Sommer 2013

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Zusammen mit diesem Rundbrief verschicken wir eine deutschsprachige Sonderausgabe der Zeitung „The Catholic Worker“, die wir gemeinsam mit der Basisgemeinschaft „Brot und Rosen“ aus Hamburg zum dortigen Kirchentag und dem 80. Gründungstag der Catholic Worker-Bewegung am 1. Mai 2013 produziert haben. Unser Verständnis von Gastfreundschaft, unsere Betonung der Zusammengehörigkeit von praktischer Barmherzigkeit und dem Engagement für soziale Gerechtigkeit und Frieden, von christlichem Glauben und Einmischung in die Angelegenheiten der Welt - all dies verbindet uns mit dieser inzwischen weltweiten und ökumenischen Bewegung.

Im Mai informierte uns Bastian Pütter, Redaktionsleiter des Straßenmagazins BODO, zum Thema „Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien: eine Dortmunder Realität“. In diesem Rundbrief hat er noch einmal für uns die verblüffenden Daten und Zahlen zusammengefasst, die diese oft emotional aufgeladene Diskussion realitätsnäher gestalten sollten.

Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen. Ohne unsere vielen Unterstützerinnen und Unterstützer wäre die Arbeit von Kana nicht möglich. Wir danken Ihnen und Euch wie immer herzlich!

Die Mitglieder der Kana-Gemeinschaft

Bernd Büscher Chris Danowski
Johst-Bernd Henseler Maria Herzog Hella Steitz



Gutes Wetter, tolle Stimmung, leckeres Essen, unterhaltsame Musik und viele Gäste - unser diesjähriges Essen am Rathaus war wieder einmal ein voller Erfolg. (Fotos: Bernd Büscher)

Vernetzungen

Im Herbst 1993, bald nach der Eröffnung unseres ersten Domizils in der Mallinckrodtstr. 108, fand auf Initiative Johst-Bernd Henselers das erste Vernetzungstreffen von Suppenküchen und ähnlichen Initiativen aus Nordrhein-Westfalen bei uns in Dortmund statt. Seitdem treffen wir uns zwei Mal jährlich in wechselnden Städten, berichten über neue Entwicklungen in unseren Einrichtungen und diskutieren gemeinsame Themen. Es ist erstaunlich, wie unterschiedlich in Bezug auf den weltanschaulichen Hintergrund, Organisationsformen und inhaltlicher Schwerpunktsetzung die beteiligten Gruppen sind. Da sind beispielsweise die Suppenküchen in Bielefeld und Gütersloh, die besondere Arbeitszweige für benachteiligte Kinder eingerichtet haben; die Hagerner Suppenküche, die sich zusätzlich um die Vermittlung kultureller Angebote für arme und wohnungslose Menschen bemüht; oder die Emmaus-Gemeinschaften in Köln und Krefeld, die immer wieder betonen, dass Menschen mehr brauchen als eine warme Suppe, nämlich Arbeit, Unterkunft, Gemeinschaft, und das in ihren Projekten auch anbieten. Uns alle verbindet der praktische Einsatz für Benachteiligte und Arme durch die Gastfreundschaft unserer Suppenküchen. Das nächste Treffen wird am 10. November beim „Herforder Mittagstisch“ sein (siehe Termine auf der letzten Seite).



Über Pfingsten nahmen wir mit einer kleinen Gruppe von Kana am europäischen Treffen der Catholic Worker-Bewegung in der Nähe von London teil. Vertreten waren außer uns und „Brot & Rosen“ aus Hamburg Gemeinschaften aus England, Schottland, Belgien und den Niederlanden. Das Wichtigste an diesen „Familientreffen“ ist wohl der persönliche, informelle Austausch beim Essen, Spazierengehen oder am Lagerfeuer. Aber auch Vorträge und Gesprächsrunden zu den uns betreffenden Fragen, gemeinsame Andachten und Gottesdienste, die Vorstellung der einzelnen Gemeinschaften und ein von allen gestalteter Cabaret-Abend gehören dazu. Gastredner waren Jeff Dietrich, der in Los Angeles seit mehr als 40 Jahren in einem „Haus der Gastfreundschaft“ lebt und an unzähligen Aktionen für Gerechtigkeit und Frieden beteiligt war, sowie Chris Cole, ein Experte aus der britischen Friedensbewegung, der uns über die Gefahr von Kampfdrohnen aufklärte. Ein weiterer Höhepunkt war die Teilnahme an einer Solidaritäts-Aktion mit den hungerstreikenden Gefangenen im Guantánamo-Gefängnis vor der us-amerikanischen Botschaft in London.

Im nächsten Jahr wird das europäische Treffen wieder in unserer Nähe in Dülmen stattfinden.

(Bernd Büscher)

Wer kommt denn da?

Die andere Seite der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien

Vor der eigenen Haustür im Dortmunder Norden erleben wir seit 2007 die Zuwanderung meist armer Menschen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien. Weitgehend ausgeschlossen von Sozialleistungen halten sie sich hier vor allem als ausgebeutete Tagelöhner oder prekär Selbstständige auf, ein Teil bettelt oder muss sich prostituieren.

Der starke Zuzug in einzelne, schon vorher vernachlässigte Wohnquartiere verstellt den Blick auf das Gesamtbild: Deutschland profitiert massiv von ArbeitsmigrantInnen aus den neuen EU-Ländern, sogenannte „Armutszuwanderung“ bleibt die Ausnahme.

Nachdem Anfang 2011 eine Pressekampagne die Angst vor den Zuwanderern geradezu eingeübt wurde, droht nun im Bundestagswahlkampf und angesichts der 2014 bevorstehenden Öffnung des Arbeitsmarktes für die EU-Neubürger eine weitere Verschärfung des Tons.

Im Juni kündigte Innenminister Friedrich an, EU-Recht zu beugen, in dem er ungerechtfertigte Anträge auf Sozialleistungen als schwere Straftaten gemäß Art. 27 Abs. 2 der Art. 27 EU-Unionsbürgerrichtlinie missdeuten will, die „aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit“ eine „Sicherheitsausweisung“ erlaubt. Friedrich: „Wenn die dann irgendwo aufgegriffen werden, dann kann man ohne großes Federlesen sie wieder rausschmeißen.“ Das wäre schlicht ungesetzlich.

Tatsächlich bleibt der Innenminister Zahlen über angeblichen Leistungsmissbrauch und die tatsächliche Belastung durch Armutsmigration schuldig. Anfragen im Bundestag und von der EU-Kommission blieben ohne Ergebnis.

Im Februar formulierte der Städtetag einen „Hilferuf“ in Form eines Positionspapiers, die darin genannten Zahlen zur Armutszuwanderung erhielten die „Auszeichnung“ als Unstatistik des Monats durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Zwar wanderten 2011 147.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien ein, verschweigt man die Abwanderung jedoch nicht, kamen 2011 lediglich 58.350 Menschen.

Was in den Medien als „alarmierende Armutswanderung“ dargestellt wurde, ist auch in anderer Hinsicht schlicht falsch. Die Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien sind jung, mehrheitlich qualifiziert und zum großen Teil erwerbstätig. Mehr als 70 Prozent haben eine Arbeit, der Akademikeranteil ist mit 20,9 Prozent deutlich höher als im deutschen Durchschnitt.

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) kommt zu dem Schluss: „Die vielfach geäußerte Sorge, dass die EU-Erweiterung eine Einwanderung in die Sozialsysteme fördern könnte, hat sich bislang als unberechtigt erwiesen.“

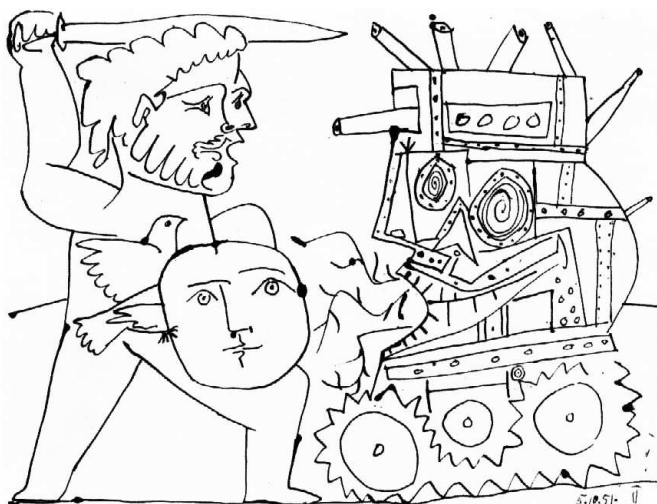
Dass durch die neuen Armen zusätzliche Kosten für die betroffenen Kommunen entstehen, ist unbestritten. Die einseitige Verteilung der Lasten auf die Städte (wie sie auch in anderen Aufgabenfeldern zunimmt) wäre ein leicht zu lösendes Problem. Zusätzlich liegen Millionen Fördergelder der EU zur Integration der Zuwanderer nicht abgerufen in Brüssel.

Armutsmigration gibt es natürlich dennoch. Allein in Rumänien gingen nach dem Ende des Staatssozialismus fast die Hälfte von 8,4 Millionen Arbeitsplätzen verloren. In den Communities der vielfach diskriminierten Roma – auch hier gab es in den 1980er Jahren Vollbeschäftigung – beträgt die Arbeitslosigkeit oft über 90 Prozent.

Viele dieser Menschen haben sich in den letzten Jahren legal nach Westeuropa aufgemacht, um hier das Geld für ihre Familien zu verdienen. Anders als es Kommunen mit punktueller Armutszuwanderung wie Dortmund oder Duisburg wahrnehmen, ist Deutschland jedoch alles andere als die erste Adresse der Auswanderer. Im Vergleich zu Spanien oder Italien betragen die Zuwanderungszahlen von Rumänen jeweils nur rund ein Fünftel.

Die Sorge, dass sich dies mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2014 grundlegend ändert, wird ähnlich instrumentalisiert wie vor dem Mai 2011, als u.a. für Polen diese Beschränkung des deutschen Arbeitsmarktes fiel. Vor einer Million polnischer Arbeitsmigranten wurde gewarnt, 2012 kamen 68.100.

(Bastian Pütter)



Keine Kampfdrohnen! Gegen eine Technologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung

Brian Terrell ist Mitglied von "Voices for Creative Non-Violence" (= Stimmen für kreative Gewaltfreiheit), einer US-amerikanischen Friedensorganisation, die aktiven Widerstand gegen die Kriegspolitik der USA leistet. "Voices" organisierte über 70 De-



legationen in den Irak, um die zwischen 1990 und 2003 verhängten Sanktionen gegen das irakische Volk zu unterlaufen. Seit 2009 reisten fünf Delegationen nach Afghanistan und zwei nach Pakistan, um dort sich mit gewaltfreien Graswurzel-Bewegungen auszutauschen und die negativen Auswirkungen des US-Militarismus auf die Region zu dokumentieren.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aufklärung über und der Protest gegen den Einsatz von Kampfdrohnen. In den USA gehören diese ferngesteuerten, unbemannten Flugkörper längst zum festen Bestandteil des Waffenarsenals. Ihr Einsatz bei Aktionen des "gezielten Tötens" (targeted killing), z.B. in Pakistan, im Jemen oder in Afghanistan, wird damit gerechtfertigt, dass die eigenen Soldaten so besser geschützt würden. Angesichts der hohen Zahl ziviler Opfer bestehen aber starke ethische und völkerrechtliche Bedenken gegen diese Methode der Kriegsführung.

Brian Terrell hat für seinen Protest gegen die Killerdrohnen gerade sechs Monate im Gefängnis gesessen. Am 15. April 2012 hatte er gemeinsam mit zwei anderen Friedensaktivisten versucht, dem Kommandanten der Whiteman Air Force Base im US-Bundesstaat Missouri eine Anklageschrift als Protest gegen die von der Basis aus gelenkten Killerdrohnen zu übergeben. Sie wurden verhaftet, des "illegalen Eindringens" angeklagt und verurteilt.

Schon seit längerem wünscht sich die Bundeswehr für ihre Auslandseinsätze Kampfdrohnen, während sie bislang nur unbewaffnete Drohnen zu Aufklärungszwecken verwenden darf. Jetzt hat sich erstmals die Bundesregierung für eine solche Aufrüstung der Drohnenflotte ausgesprochen. Durch die Affäre um die "Euro Hawk"-Drohnen hat das Thema bei uns eine ganz andere, unbeabsichtigte Aufmerksamkeit gewonnen.

Brian Terrell wird am Sonntag, 22. September 2013 über die geopolitische Bedeutung dieses Waffensystems und seine Gefahren sowie über den Widerstand dagegen in den USA berichten. Beginn 16 Uhr in der Suppenküche.

Termine

Sonntag, 22. September 2013, 16 Uhr:

Keine Kampfdrohnen!

Gegen eine Technologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung

Brian Terrell berichtet über die geopolitische Bedeutung dieses Waffensystems und seine Gefahren sowie über den Widerstand dagegen in den USA (s. S. 3).

**Sonntag, 06. und Montag, 07. Oktober 2013:
Erntedankfestaktion**

Wir brauchen wieder Hilfe beim Abholen der Erntegaben, beim Einräumen und Verarbeiten in den Gemeindehäusern. Wer mithelfen möchte, melde sich bitte in der Suppenküche!

Donnerstag, 17. Oktober 2013:

Aktion zum UNO-Welttag zur Bekämpfung großer Armut.

Weitere Infos folgen.

Sonntag, 10. November 2013, 10 Uhr:

Vernetzungstreffen der Suppenküchen

Das Treffen findet beim Herforder Mittagstisch statt (www.herforder-mittagstisch.de). Bitte bis zum 08.11. in der Kana Suppenküche anmelden! Treffpunkt zur gemeinsamen Zugfahrt ist um 8:45 Uhr in der Bahnhofsvorhalle in Dortmund.

Sonntag, 24. November 2013, 16 Uhr:

Armut in Europa -

Hilfsprojekte in der Republik Moldau

Marion und Gert Maichel sind Projektkoordinatoren des medizinisch-diakonischen Zentrums "Gloria" in der moldawischen Stadt Ceadir Longa. In diesem Zentrum und mit Hilfe eines ambulanten Dienstes werden Kranke untersucht und behandelt. Hungrige erhalten kostenlose Mahlzeiten und Bedürftige bekommen Kleidung oder Decken aus der Kleiderkammer. Für Obdachlose werden Einrichtungen hergerichtet, die ihnen in der kalten Jahreszeit Schutz und darüber hinaus einen geordneten Tagesablauf anbieten. Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen werden instandgesetzt. Das Ehepaar Maichel wird über die Arbeit vor Ort und die Unterstützungsaktionen in Deutschland berichten.

Freitag, 29. November 2013, 15:30 Uhr:

Gedenkfeier für verstorbene Wohnungslose

Zum Totengedenken treffen wir uns am Grabfeld für Wohnungslose auf dem Ostfriedhof. Beginn ist in der Franziskanerkirche.

Sonntag, 26. Januar 2014, 16 Uhr:

Betroffene zu Beteiligten machen - Zukunftswerkstätten mit Menschen am Rande der Gesellschaft

Wiebke Claussen ist Stadtplanerin und überzeugte Moderatorin von Zukunftswerkstätten im Sinne Robert Jungks und hat diese in einer Wohlfahrtseinrichtung in Luxemburg unter dem Titel „Menschen ohne Stimme eine Stimme geben“ durchgeführt. Sie wird über ihre Arbeit berichten und mit uns gemeinsam in einer kleinen Beteiligungsaktion erforschen, welche Anregungen wir heute noch aus der Arbeit von Jungk ziehen können.

Gottesdienste

Der Gottesdienst findet jeweils am ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr in der Suppenküche statt. Die nächsten Termine:

4. September 2. Oktober 6. November
4. Dezember 8. Januar 2014

Mahnwache

Jeden zweiten Donnerstag im Monat Mahnwache vor der Deutschen Bank, Betenstr. 11-17, 16-17 Uhr. Die nächsten Termine:

12. September 10. Oktober
14. November 12. Dezember 9. Januar 2014

Kontakt zu Kana-Mitgliedern

Email: info@kana-suppenkueche.de

Bernd Büscher 0231 - 104245

Christiane Danowski 0231 - 1062212

Johst-Bernd Henseler 0231 - 526891

Maria Herzog 0231 - 5655349

Hella Steitz 0231 - 1300240

